

auch für den Osten gespielt hat, und besonders das starke Engagement, mit dem Martin Fischer als Dozent an der Kirchlichen Hochschule die Theologen zum Weg in den Osten aufgerufen hat. Auch die Entwicklung des Ost-Berliner Sprachenkonvikts vom Ort des Sprachenlernens zur Hochschule gehört in diesen Zusammenhang. Am Beispiel der Stasi-Akte des brandenburgischen Pfarrers Klaus Zebe (Pfarrer in Gorgast und Superintendent in Spremberg) wird deutlich, dass die DDR bei den übergesiedelten Pfarrern schnell den Verdacht hatte, sie könnten Handlanger oder gar Agenten des Westens sein (S. 146–147). Mit dem Hochschullehrer-Ehepaar Hanfried Müller und Rosemarie Müller-Streisand (S. 141–144) erwähnt die Autorin auch den Ausnahmefall einer Übersiedlung aus politisch-ideologischen Gründen.

Dem Buch sind außer einem Literatur- und einem Personenverzeichnis auch mehrere Diagramme und Tabellen beigelegt: Statistiken zur Zahl der Theologiestudenten, zum Pfarrerbedarf und zu den Übersiedlungen. Bei allen Tabellen, die auf die Übersiedlungen und die Rückkehrer bezogen sind, sind allerdings verständlicherweise die Fälle und Zahlen nicht vollständig erfasst. Die vollständige Zahl derer, die in diese Prozesse von Rückkehr und Übersiedlung gehören, dürfte schwerlich zu ermitteln sein.

Berlin, *Karl-Heinrich Lütcke*

Manfred Stolpe: *beraten und gestalten. Weggefährten erinnern sich*. Hrsg. von Ulrich Schröter in Zusammenarbeit mit Hans Otto Bräutigam, Karl-Heinrich Lütcke und Gerburg Thunig-Nittner, Wichern-Verlag, Berlin 2016, 264 Seiten.

54 Weggefährten, Frauen und Männer erinnern sich auf anderthalb Seiten oder auch mal auf sieben: enge Mitarbeiter/innen, von einzelnen Begegnungen Beeindruckte und Menschen, die konkrete Hilfe erfahren haben. Sie kommen aus der Evangelischen Kirche in Berlin und Brandenburg / Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, aus dem Bund Evangelischer Kirchen in der DDR/EKD, aus der Diakonie. Es sind westdeutsche Politiker, Politiker nach 1990 und Brandenburger. Ein Drittel der Beiträge gilt dem Landesvater und Bundespolitiker. Geschrieben haben so Unterschiedliche wie der Botschafter der Republik Polen, die im Pankower Friedenskreis von Jura- und Kriminalistikstudenten schikanierte und in ihrer Gemeinde der Verleumdung durch die Staatssicherheit ausgesetzte Pfarrerin und der Büroleiter des Konsistorialpräsidenten im Evangelischen Konsistorium. Gegensätze und Konflikte der Vergangenheit werden nicht verschwiegen. Es fehlen, wie könnte es anders sein, Stolpes Gesprächspartner von der anderen Seite.

So entsteht ein vielfältiges Bild von Dank und Anerkennung für Manfred Stolpe und ein Stück Kirchen- und deutsche, europäische und brandenburgische Geschichte seit 1961. Es lohnt sich zu blättern und zu lesen.

Manfred Stolpe studierte Jura in Jena und war Gasthörer an der Freien Universität in Berlin, Rechts- und Staatswissenschaften nach der alten Definition. 1959–1962 wurde er als Referendar der EKU im Evangelischen Konsistorium von Berlin Brandenburg eingesetzt und erlebte Sitzungen mit Bischof Dibelius. 1962 trat er als Assessor ins Konsistorium in der Neuen Grünstraße ein: „Der kennt auch die andere Seite, das Recht und die Rechtsentwicklung und Personen.“ Als es dem von seinem Arbeitsplatz als Propst in der Neuen Grünstraße ausgeschlossenen Präses Scharf berichtet wurde, nickte er. „Den kenne ich.“

Manfred Stolpe wurde Büroleiter des Verwalters im Bischofsamt Günter Jacob und knüpfte inoffizielle Kontakte zu staatlichen Stellen der DDR. Sie verweigerten offizielle Kontakte.

Zur einen Hälfte arbeitete er in der Neuen Grünstraße, zur anderen als Sekretär der Konferenz der Kirchenleitungen zunächst im Grüberhaus an der Marienkirche und dann in der Auguststraße. Am gleichen Ort befand sich das gesamt-kirchliche Büro und befanden sich die Dienststellen der EKU und der lutherischen Kirchen. Ab 1969 leitete er das Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und wurde 1982 Konsistorialpräsident. Er begleitete die Bischöfe Albrecht Schönherr und Gottfried Forck und war Gesprächspartner für Martin Kruse; Kruses späterer Nachfolger, Wolfgang Huber, und er begegneten sich in Bossey bei einer Tagung zu den Menschenrechten, als Oskar Brüsewitz sich verbrannte, 1976. In den Beiträgen lässt sich ein Stück Menschenrechtsgeschichte, der individuellen Menschenrechte, West, und der sozialen Menschenrechte, Ost, und der notwendigen Ergänzung beider nachlesen.

Fleißig, einsatzbereit, pflichtbewusst, fromm; ein begabter Jurist, Behörden-, Arbeitsgruppen- und Sitzungsleiter, aufmerksam und zugewandt, Freiraum und Entfaltungsmöglichkeiten gebend und doch leitend; Mut machend und immer wieder Freiräume schaffend: Von Geheimnis umgeben, in „herzlicher Distanz.“ Die einen schreiben vom verschwiegenen Stolpe, „der kaum jemand in sein eigenes Erleben Einblicke gewährte und schon gar nicht in seine politischen Planungen.“ Ein anderer: „Er hatte das Format eines Diplomaten und dazu gehört notwendiger Weise auch die Fähigkeit zur Verschwiegenheit.“ Er pflegte ja nicht nur Verbindungen zu den staatlichen Stellen der DDR, zu den Botschaften in der Hauptstadt der DDR, sondern auch zu westdeutschen Politikern und Regierungen. Er genoss Vertrauen. Seine Telefon-Nummer steckte in der Tasche von manchem, der sich von der Stasi gefährdet sah.

Die westlichen Beiträge zu der Zeit gehen von einem notwendigen Kontakt Stolpes auch zur Stasi aus, eben zu allen Ebenen des DDR-Staates. Die östlichen sind zurückhaltend. Die unterschiedliche Sicht ist im Nachhinein verständlich. Zu den späteren Verdächtigungen hat die Kirchenleitung der EKibB 1991 und 1994 das Notwendige gesagt: Ein Mann der Kirche, nicht der Stasi!

Kirchengeschichte: Es war die Zeit des Kalten Krieges zwischen West und Ost. Im Ostblock drohten der 17. Juni 1953, Ungarn 1956 und Prag 1968. Spätestens nach dem Bau der Mauer musste sich die Evangelische Kirche auf Dauer auf ein Leben in der DDR einstellen, auf das Leben in der von der Staatspartei bestimmten Gesellschaft, die Kirche und Glauben prinzipiell ablehnte und konkret

der Kirche vorwarf, fünfte Kolonne des Westens zu sein. Die einzelnen Christen und die Gemeinden lebten in dieser Wirklichkeit. Die Landeskirchen und ihre Leitungen mussten neue Strukturen schaffen, die gemeinsames Handeln und gemeinsames Auftreten gegenüber dem Staat ermöglichten. Die Finanzverwaltung musste neu geordnet werden, überhaupt die Finanzen!

Es war ein mühsamer innerkirchlicher Prozess, besonders in der EKibB und zwischen den Landeskirchen in der DDR. Arbeitsgruppen und Synoden erarbeiteten die theologischen Voraussetzungen. In diese Zeit fallen die „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche“ von 1963 und die Beteiligung am Leuenbergprozess, der 1973 einen ersten Abschluss fand.

1969 wurde der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR gegründet, er wurde schließlich von der Regierung der DDR als Verhandlungspartner akzeptiert. Am 6. März 1978 kam es zu einem Spitzengespräch des Vorstands des BEK am Amtssitz des Staatsrates, bei dem Verbesserungsmöglichkeiten gesucht und gefunden wurden: 1. Kirchliche Bauvorhaben (mit dem Berliner Dombauprogramm als „Lokomotive“); 2. Funk und Fernsehen; 3. Lutherjubiläum 1983; 4. Seelsorge im Strafvollzug; 5. Altersversorgung für Mitarbeiter; 6. Einfuhr kirchlicher Literatur; 7. kirchliche Kindergärten; 8. kirchliche Landwirtschaft; 9. kirchliche Friedhöfe; 10. Feierabend- und Pflegeheime (Diakonie) – mit der Akzeptanz und Nutzung der Westbindungen durch die DDR.

1975 unterzeichnete auch Erich Honecker die Schlussakte von Helsinki, die der DDR Sicherheit der Grenzen und außenpolitische Anerkennung brachte. Korb 3 enthielt die Menschenrechte, Gewissens-, Meinungs- und Reisefreiheit. Die Menschenrechte wurden Thema der evangelischen Kirche; dann der konziliare Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung; dann die Gruppen; dann 1989. Auf diese Entwicklungen wird in den Beiträgen persönlich und in Überblicken Bezug genommen.

Zwischen diesen und den folgenden Beiträgen zu Brandenburg, zu Manfred Stolpe als Bundesminister und im Ruhestand gibt es Überschneidungen: Wie er vor 1990 auf die verschiedensten Menschen zugeht, Mutmacher und Brückenbauer war, so auch nachher.

Ein paar Schlaglichter: Die erste Landesregierung war eine erste Ampelkoalition mit Ministern aus Ost und West und der Ministerpräsident hielt Kontakt zur Opposition. Das Land war neu, ein Rest Preußens, und im radikalen Umbruch. Eine Verfassung wurde erarbeitet und verabschiedet – mit einer Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit dem polnischen Nachbarn. Manfred Stolpe nahm Verbindungen zur abziehenden Roten Armee auf – ca. 270.000 Soldaten und Angehörige und das Hauptquartier der Westgruppe waren in Brandenburg stationiert – und hielt diese Kontakte auch in der kritischen Phase 1991 beim Putsch in Moskau. Er wurde Teilnehmer am Petersburger Dialog.

Er hatte einheimischen und ausländischen Gästen Brandenburg gezeigt, Landschaft und Gärten und Schlösser; er betrieb die Gründung der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg. Er ist Domherr am Brandenburger Dom. 1998 brachte er das Regierungsprogramm „Tolerantes Brandenburg“ auf den Weg.

Hatte der Landesvater Brandenburg 1996 schon so stark gemacht, er und Regine Hildebrandt, dass das Land mehrheitlich seinem Plan einer Vereinigung der Länder Berlin und Brandenburg widersprach?

Es lohnt sich, in diesen Beiträgen zu blättern und sie zu lesen.

Berlin, *Klaus-Heinrich Kanstein*